# Inhaltsverzeichnis


## A Arbeit und Ausbildung

| | | | |
|---|---|---|---|
| A-1 | Jusos Schwaben | Gesetzliche Regulierung von Dienstreisen | 2 |

## B Bildung

| | | | |
|---|---|---|---|
| B-1 | Jusos Schwaben | Replikationskrise entgegenwirken – Open Science fördern | 4 |

## C Wohnen

| | | | |
|---|---|---|---|
| C-1 | Jusos Oberbayern | Wohnraum umverteilen – Vermieter*innen verpflichten | 6 |
| C-2 | Jusos Oberbayern | Spekulationen den Riegel vorschieben – Bodenwertsteuer jetzt | 7 |

## F Feminismus und Gleichstellung

## G Gesundheit

| | | | |
|---|---|---|---|
| G-1 | Jusos Oberbayern | Mehr Transparenz im Gesundheitswesen | 13 |

## H Familienpolitik

## P Partei

| | | | |
|---|---|---|---|
| P-1 | Jusos Oberpfalz | Verpflegung auf Landeskonferenzen | 19 |

## S Sozialpolitik

| | | | |
|---|---|---|---|
| S-1 | Jusos Oberbayern | Sozialbehörden müssen wieder in gesetzliche Rente einzahlen! | 21 |

## U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

| | | | |
|---|---|---|---|
| U-1 | Themenwerkstatt Wirtschaft und Soziales sowie Themenwerkstatt Umwelt über Landesvorstand | CO2-Besteuerung und Maßnahmen für mehr Klimagerechtigkeit | 23 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| U-2 | Jusos Oberbayern | Umweltbelastung durch Stickoxide und CO2 bekämpfen! Reform des Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG) | 30 |

## V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

| | | | |
|---|---|---|---|
| V-2 | Jusos Oberbayern | S-Bahn auf den Nordring bringen | 32 |

# A Arbeit und Ausbildung

## A Arbeit und Ausbildung

A-1 Jusos Schwaben Gesetzliche Regulierung von Dienstreisen 2

# A-1

| | |
|---|---|
| **Titel** | Gesetzliche Regulierung von Dienstreisen |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Schwaben |
| **Adressat*innen** | Juso-Landeskonferenz |

## Gesetzliche Regulierung von Dienstreisen

Gesetzliche Regulierung von Dienstreisen

Dienstreisen werden bislang nicht explizit gesetzlich reguliert. Wir fordern die Schaffung eines Dienstreisegesetzes, das mindestens folgende Punkte umfasst:

–

Fahrzeiten auf Dienstreisen sind Arbeitszeit, insbesondere wenn sie über die übliche tägliche Arbeitszeit hinausgehen. Hierbei ist es unerheblich, welches Verkehrsmittel von Dienstreisenden genutzt wird und ob eine „Beanspruchung“ vorliegt.

–

Es besteht ein Recht auf Kostenerstattung für die auf der Dienstreise anfallenden Kosten. Hierunter fallen Unterkunftskosten, Fahrkosten, Mehraufwand für die Verpflegung sowie Nebenkosten wie beispielsweise Parkgebühren.

–

Ist bei einer Dienstreise im Voraus mit Kosten über 200 Euro zu rechnen, müssen die voraussichtlichen Kosten von Arbeitgeber*innen zu mindestens 80 % vorgestreckt werden. Alternativ sind Methoden der direkten Kostenübernahme zulässig.

–

Kostenerstattungen müssen bis zur oder mit der nächsten Gehaltsabrechnung erfolgen, jedoch spätestens nach 4 Wochen.

# B Bildung

## B Bildung


| | | | |
|---|---|---|---|
| B-1 | Jusos Schwaben | Replikationskrise entgegenwirken – Open Science fördern | 4 |

# B-1

| | |
|---|---|
| **Titel** | Replikationskrise entgegenwirken – Open Science fördern |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Schwaben |
| **Adressat*innen** | Juso-Landeskonferenz |

## Replikationskrise entgegenwirken – Open Science fördern

Der Freistaat Bayern soll der Replikationskrise im Wissenschaftsbetrieb entgegenwirken:

- Hierbei sollten jährlich mit einem Volumen von 5 Millionen Euro wissenschaftlichen Journals gefördert werden, die explizit die Veröffentlichung nicht signifikanter Ergebnisse und der Replikation von Studienergebnissen anstreben.
- Es soll ein Wissenschaftspreis für gute wissenschaftliche Praxis geschaffen werden mit dem Forscher*innen ausgezeichnet werden, die der Praxis der Open Science, insbesondere der Präregistrierung der Hypothesen, folgen.
- Hochschulen sollen verpflichtet werden Open Science im Rahmen der wissenschaftlichen Ausbildung zu thematisieren

**Begründung**

In der näheren Vergangenheit zeigten mehrere Studien, dass wissenschaftliche Ergebnisse häufig nicht repliziert werden konnten, also Wiederholungen von Studien nicht zu den gleichen Ergebnissen wie Ursprungsstudien kamen. Dies führte zu einem deutlichen Glaubwürdigkeitsverlust verschiedener wissenschaftlichen Disziplinen wie der Sozialpsychologie. Zusätzlich hat sich gezeigt, dass es ein nicht allzu geringer Teil des Wissens das Studierenden vermittelt wird, sich Jahre später als falsch oder nicht nachweisbar herausstellt. Dies gefährdet die Wissenschaft, da auf Basis falscher Annahmen geforscht wird. Wichtig ist hierbei abzugrenzen, dass es sich nicht um Ergebnisse handelt, die ehemals korrekt waren, sondern um Ergebnisse, die schon zum Zeitpunkt ihres Erscheinens erhebliche Mängel aufwiesen. Aufgrund ihrer vermeintlichen Relevanz für die Wissenschaft wurden diese jedoch ignoriert. Mithilfe der Methoden der Open Science kann dem entgegengewirkt werden. Beispielsweise werden bei der Präregistrierung die erwarteten Ergebnisse im Vorhinein bekanntgegeben. So kann verhindert werden, dass Hypothesen nachträglich verändert werden.

Durch diesen Antrag soll explizit sauberes wissenschaftliches experimentieren und publizieren gefördert werden, um der Replikationskrise entgegen zu wirken. Ziel ist hierbei nicht, dass sämtliche Ergebnisse veröffentlicht werden egal ob sie relevant für die Wissenschaft sind oder nicht, sondern zu verhindern, dass keine Falsifiezierungen von Theorien stattfinden können.

# C Wohnen

## C Wohnen


| | | | |
|---|---|---|---|
| C-1 | Jusos Oberbayern | Wohnraum umverteilen – Vermieter*innen verpflichten | 6 |
| C-2 | Jusos Oberbayern | Spekulationen den Riegel vorschieben – Bodenwertsteuer jetzt | 7 |

# C-1

| | |
|---|---|
| **Titel** | Wohnraum umverteilen – Vermieter*innen verpflichten |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Oberbayern |
| **Adressat*innen** | Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag |

## Wohnraum umverteilen – Vermieter*innen verpflichten

Wir fordern das Recht auf Wohnungstausch im deutschen Mietrecht einzuführen. Voraussetzungen sind dabei, dass beide Mietparteien nicht bedarfsgerecht wohnen, die Miete vergleichbar hoch ist, beide dem Wohnungstausch zustimmen und keine besonders schweren Gründe dagegensprechen.

Bei nicht vergleichbaren Mieten besteht das Recht auf Wohnungstausch auch, wenn eine Finanzierung durch die tauschenden Mietparteien möglich ist.

# C-2

| | |
|---|---|
| **Titel** | Spekulationen den Riegel vorschieben – Bodenwertsteuer jetzt |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Oberbayern |
| **Adressat*innen** | Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz |

## Spekulationen den Riegel vorschieben – Bodenwertsteuer jetzt

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-BundeskongressMit Urteil vom 10. April 2018 hat das Bundesverfassungsgericht die aktuelle Bemessung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Aufgrund dessen muss eine Neuregelung durch die gesetzgebende Instanz bis zum 31. Dezember 2019 hin erfolgen.

Wir fordern deswegen die Reformierung der bestehenden Grundsteuer hin zu einer Bodenwertsteuer, zumal die derzeitige Form der Grundsteuer nicht effektiv Bodenspekulationen verhindert, unter welchen Städte sowie Gemeinden in Ballungsgebieten leiden:

So ist es derzeit profitabler, die Wertsteigerung eines Grundstückes abzuwarten, statt es aktiv zu nutzen. Damit wird die Schaffung von Wohnraum verhindert und die Verknappung der Wohnungen in Städten und Ballungsräumen begünstigt.

Um der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden, hat die Bundesregierung einen Vorschlag eingebracht.

Jedoch macht dieser zu viele Zugeständnisse an die Länder.

Die Öffnung der Grundsteuer für abweichende, länderspezifische Regelungen bringt die Effektivität und das Potenzial der Besteuerung von Grund für die Gemeinden in Gefahr.

Die gesetzgebende Instanz ist in der Pflicht, die Gemeinden davor zu schützen.

Statt die Grundsteuer lediglich über die Hürde der Verfassungskonformität zu heben, sollte die Legislative die Möglichkeit nutzen, eine grundlegende Neufassung der Besteuerung zu wagen.

Eine Besteuerung ist nur dann gerecht und effektiv, wenn sie sich nur am Wert des Grundes. Die Einbeziehung anderer Wirtschaftsgüter in die Berechnung führt nur zu einer ungerechten Verteilung der Steuerlast. Hat die gesetzgebende Instanz das Ziel, eben diese zu besteuern, sollte dies gesondert geschehen.

Deshalb fordern wir ergänzend zu den bereits bestehenden Beschlusslagen:

- Die Besteuerung soll von nun an unter Berücksichtigung der Fläche des Grundstücksstattfinden, die Bebauung wird ausgenommen;
- Die Höhe der Besteuerung soll ausschließlich unter Verwendung der Flächengröße und dem durch einen unabhängigen Gutachter*innenausschuss ermittelten Bodenrichtwert, wie festgelegt im Baugesetzbuch, berechnet werden;
- Die Grundsteuer soll nicht für abweichende Landesregelungen geöffnet werden, das Recht der Kommunen, individuelle Hebesätze zu bestimmen, soll wie zuvor bestehen bleiben;
- Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ermäßigungen sollen – soweit anwendbar – beibehalten werden, insbesondere für

  - Grundstücke die durch die Wohnraumförderungsgesetze des Bundes oder der Länder gefördert wurden bzw. werden,
  - Grundstücke die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften zugerechnet werden und
  - Grundstücke die Genoss*innenschaften und Vereinen zugerechnet sind, welche von der Körperschaftsteuer befreit sind
- Die Bodenwertsteuer muss explizit auch auf nicht oder nur geringfügig genutzte Grundstücke bei bestehendem Baurecht im Zusammenhang bebauter Gebiete oder bei Vorhandensein eines Bebauungsplans erhoben werden.

# F Feminismus und Gleichstellung

## F Feminismus und Gleichstellung

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-BundeskongressIch bin keine Frau*! Ich bin kein Mann*!F-1 Ich bin keine Frau*! Ich bin kein Mann*!

# F-1

| | |
|---|---|
| **Titel** | Ich bin keine Frau*! Ich bin kein Mann*! |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Mittelfranken<br>Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress |
| **Adressat*innen** | Juso-Landeskonferenz |

---

## Ich bin keine Frau*! Ich bin kein Mann*!

Die Wörter „Frauen“ und „Männer“ sollen nicht mehr mit Sternchen (*) gegendert werden.

Als queerfeministischer Verband ist es unser Anspruch, auch für trans Frauen und trans Männer und Nicht-binäre ein inklusiver Ort zu sein. Bisher wurde versucht, durch das Schreiben von „Frauen*“ statt „Frauen“ und „Männer*“ statt „Männer“ sowohl trans Frauen als auch trans Männer und Nicht-binäre explizit mit zu erfassen und Transinklusivität sichtbar zu machen. Das Argument: Trans und nicht-binäre Personen werden mitgedacht.

Letztlich schließt diese Schreibweise trans Frauen und trans Männer jedoch aus, da sie sich dann nur sicher sein können, tatsächlich mitgemeint zu sein, wenn die Bezeichnungen „Frauen*“ oder „Männer*“ verwendet werden. Das wird unserem Anspruch nicht gerecht. Es ist vielmehr geboten, trans Personen nicht nur undeutlich mit zu meinen, sondern sie stets und ganz selbstverständlich schon unter die Begriffe „Frauen“ oder „Männer“ zu fassen.

Des Weiteren wird trans Personen so höchstens eine untergeordnete Zugehörigkeit zum jeweiligen Geschlecht zugestanden. Das jeweilige Geschlecht wird zwar anerkannt, aber immer nur unter der Bedingung, dass man zur Frau oder zum Mann „geworden ist“, wohingegen cis Frauen und Männer [1] es vermeintlich von Geburt an sind.

**Trans Frauen sind Frauen und nicht nur Frauen*.**

**Trans Männer sind Männer und nicht nur Männer*.**

Zudem werden auch Nicht-binäre durch das Verwenden des Sternchen bei den Begriffen „Frauen“ und „Männern“ misgendert. Es kann vorkommen, dass nicht-binäre, aber weiblich gelesene Personen sich der binären Bezeichnung Frau zugehörig fühlen, da sie aufgrund des Weiblichgelesenwerdens bestimmte weibliche Diskriminierungserfahrungen durchmachen. Jedoch kommt es ebenso vor, dass Nicht-binäre sich nicht angesprochen fühlen.

Zudem müssen auch inter Personen bedacht werden. Es gibt cis inter Personen, die einem Geschlecht zugeordnet wurden und sich auch mit diesem identifizieren, aber gleichzeitig bei „inter“ einordnungsfähig wären. Es gibt aber auch inter Personen, die sich nicht bei Mann/Frau mitgemeint fühlen und sich geschlechtlich inter positionieren.

Statt aus guter Intention heraus Personen zu misgendern, sollten wir uns bemühen, uns präziser auszudrücken. Die Adressierten sollten direkt genannt werden, seien es cis Frauen/Männer, Frauen/Männer, trans Frauen/Männer, Nicht-Binäre, inter Personen, die sich keinem Geschlecht zugeordnet fühlen, etc.

Folglich werden trans Frauen und trans Männer als Frauen/Männer bezeichnet, nicht als Frauen* oder Männer*. Menschen, die sich weder als Frauen noch Männer identifizieren, sind als nicht binär zu bezeichnen.

Insgesamt halten wir jedoch an unserer Beschlusslage[2] bezüglich des Genderns mit Sternchen (*) und Partizipien fest, um auch andere als weiblich oder männlich sozialisierte Menschen sichtbar und hörbar zu machen.

[1] Personen, die sich mit dem Geschlecht, das ihnen bei der Geburt zugeordnet wurde, identifizieren.

[2] https://www.jusos.de/content/uploads/2018/12/g16_gendergerechte-sprache.pdf

Der Antrag wurde mit Hilfe von der anonymen Aktivistin @epicLOUt und Autorin Felicia Ewert und Theresia Stahl verfasst

# G Gesundheit

## G Gesundheit

G-1 Jusos Oberbayern Mehr Transparenz im Gesundheitswesen 13

# G-1

| | |
|---|---|
| **Titel** | Mehr Transparenz im Gesundheitswesen |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Oberbayern |
| **Adressat*innen** | Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag |

## Mehr Transparenz im Gesundheitswesen

Wir fordern eine gesetzlich geregelte Transparenz in der Pharmaindustrie in Deutschland durch Offenlegung von Zahlungen an Leistungserbringer*innen des Gesundheitssektors (z.B. Ärzt*innen, Krankenhäuser, usw.). Sowohl Name des Unternehmens, Höhe der Zuwendung, der Verwendungszweck als auch der Kontext der Zahlung müssen erfasst und niederschwellig zugänglich gemacht werden, um Vertrauen durch Transparenz zu ermöglichen.

# H Familienpolitik

## H Familienpolitik

Antragsteller*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-BundestagsfraktionEltern sind mehr als nur Erzeuger*innenH-1 Eltern sind mehr als nur Erzeuger*innen

# H-1

| | |
|---|---|
| **Titel** | Eltern sind mehr als nur Erzeuger*innen |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Mittelfranken<br>Antragsteller*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion |
| **Adressat*innen** | Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion |

---

## Eltern sind mehr als nur Erzeuger*innen

Wie wir im wirklichen Leben Eltern werden ist hinlänglich bekannt. Juristisch ist dies komplizierter. Hier wird die Elternschaft vom sogenannten Abstammungsrecht geregelt. Bis heute basiert dieses in Deutschland größtenteils auf biologischen Aspekten.

Wir fordern, dass der Vielfalt moderner Familien auch im Abstammungsrecht künftig Rechnung getragen wird. Regenbogenfamilien sollen die gleichen Möglichkeiten offen stehen wie Cis-Hetero-Familien, ohne dass die rechtliche Situation für letztere Familien grundlegend komplizierter wird. Die Paragraphen 1591 und 1592 des Bürgerlichen Gesetzbuches, die bisher Mutter- und Vaterschaft im Groben regeln, sollen in einem gemeinsamen Paragraphen über die Elternschaft verschmolzen werden. Dieser Paragraph soll folgende Fassung erhalten:

**„§ 1591 Elternschaft**

1. Erster Elternteil eines Kindes ist die Person, die es geboren hat. Die Person bestimmt die für sie geltende familienrechtliche Zuordnung „Mutter“, „Vater“ oder „Elternteil“ nach freiem Willen. Erfolgt keine Bestimmung, wird die Person als „Elternteil“ bezeichnet.
2. Weitere Elternteile eines Kindes sind die Personen
   a) die zum Zeitpunkt der Geburt mit dem ersten Elternteil des Kindes verheiratet sind,
   b) die die Elternschaft anerkannt haben oder
   c) deren Elternschaft [...] gerichtlich festgestellt ist.Die Personen bestimmen die für sie geltenden familienrechtlichen Zuordnungen „Mutter“, „Vater“ oder „Elternteil“ nach freiem Willen. Erfolgt keine Bestimmung, werden die Personen als „Elternteil“ bezeichnet. Ein Kind kann nicht mehr als drei weitere Elternteile haben.
3. Ändert sich das Geschlecht im personenstandsrechtlichen Sinne bei einer Person, so ändert sich auf Antrag nachträglich auch die familienrechtliche Zuordnung nach den Absätzen 1 und 2.“

Des Weiteren sind die folgenden Paragraphen und die § 1626 bis § 1698b BGB, welche die elterliche Sorge regeln, auf diese neue Regelung anzupassen und so zu fassen, dass sie dem neuen Charakter der Elternschaft bestmöglich dienen.

**Die heutige Situation: Ein Relikt vergangener Tage**

Seit der großen Reform des Kindschaftsrechtes im Jahre 1998 hat sich das Familienrecht in Bezug auf Kinder und ihre Eltern nur noch im Detail verändert. Damals wurde die Unterscheidung zwischen ehelichen und

nichtehelichen Kindern aufgehoben und die Situation für in Scheidung lebende Paare vereinfacht.

Nach § 1591 BGB ist heute Mutter eines Kindes immer die Frau, die es geboren hat. Nach § 1592 BGB ist Vater eines Kindes entweder der Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter verheiratet ist, der die Vaterschaft anerkannt hat oder der gerichtlich als Vater festgestellt worden ist.

Ein trans Mann wird immer als Mutter ins Geburtenregister des Kindes eingetragen, selbst wenn er nach dem Transsexuellengesetz (TSG) und allen Registern als Mann gesehen wird. Für trans Frauen ist der Weg zu einer Eintragung im Geburtenregister oft noch weitaus komplizierter, selbst wenn eindeutig feststeht, dass sie der zweite Elternteil sind.

Queeren Paaren werden bei der Gründung ihrer eigenen Familie unzählige Steine in den Weg gelegt. Bis ein Kind zwei gleichberechtigte Väter oder Mütter hat, können oft Jahre vergehen. Aufwendige und zumeist kostenintensive Verfahren müssen durchlaufen werden.

Patchworkfamilien bleibt heute oft nur der, selten wirklich einfache, Weg einer Adoption, um für die Kinder gemeinsam Verantwortung übernehmen zu können.

Das deutsche Familien- und Abstammungsrecht ist weit davon entfernt allen Menschen und Familienmodellen gleiche Rechte und Pflichten zu übertragen. Der Reformbedarf dieses Rechtsgebietes ist allgemein anerkannt. Die Schritte, die von anderen Seiten gefordert werden, sind aber oftmals unzureichend und in manchen Punkten verkomplizieren sie die Situation nur noch weiter. Es ist Zeit für eine große, echte Reform und einer klaren Absage an die fixe Koppelung des Abstammungsrechts an die Biologie. Es ist im Gegenteil Zeit für die Stärkung der gesellschaftlichen Komponente der Elternschaft.

Das vorgeschlagene Modell entfernt sich zwar nicht völlig von einer biologischen Abstammung, liefert jedoch zusätzlich genau die Öffnung, die den betroffenen Menschen ein einfacheres Familienleben ermöglicht.

**Die Vision: Ein praxistaugliches, inkludierendes, modernes Abstammungsrecht**

Familie ist mehr als Eizelle und Sperma. Inwieweit wir gute Eltern abgeben, ist unabhängig davon, ob wir Frau oder Mann, Hetero oder Homo, Trans oder Cis, binär oder nicht-binär, alt oder jung, Akademiker*innen oder nicht, arm oder reich sind. Familie ist nicht umsonst ein Grundrecht. Jeder Mensch hat in Deutschland und eigentlich auch weltweit, unabhängig von allen Umständen, einen fundamentalen Anspruch auf die Gründung einer Familie. Wir setzen uns dafür ein, dass diesem Grundrecht endlich Rechnung getragen wird.

Unser Anspruch ist ein Familienrecht, das niemanden in diesem Land diskriminiert und für alle Menschen Möglichkeiten schafft Eltern zu werden. Wir wollen ein Familienrecht, das unkompliziert so viel wie möglich von der gesellschaftlichen Realität abbildet und Sicherheit gibt. Wir wollen, dass Menschen die Tragweite und das Vertrauen, die sich aus der Elternschaft ergeben ernst nehmen und sich bewusst dafür entscheiden können dieser Verantwortung gerecht zu werden. Wir wollen Kindern ermöglichen einfacher in bunten Familien aufzuwachsen und Realitäten jenseits klassischer Familienmodelle zu erleben. Lassen wir zu, dass die Menschen diese Freiheit der modernen Zeit nutzen.

**Die Lösung: Ein neues Recht, das niemanden eine Möglichkeit nimmt und vielen Menschen Familie gibt**

Die Verknüpfung von Vater- und Mutterschaft zu einer einzigen Rechtsnorm “Elternschaft“ bietet die Möglichkeit, diese Rollen künftig nicht mehr als etwas Verschiedenes anzusehen, sondern als gemeinsame lebenslange Verantwortung für ein Kind.

Mit dem Begriff der Elternschaft lösen wir uns auch von einer binären Sichtweise auf Familien. Grundsatz soll künftig sein, dass es Elternteile gibt. Diese Bezeichnung ist auch insbesondere für nicht binäre Menschen eine Möglichkeit, analog des dritten Geschlechteintrages „divers“, mit einer neutralen Benennung in den Geburtenregistern ihrer Kinder aufgeführt zu werden. Nur wenn Personen eindeutig die geschlechtsbezogenen Bezeichnungen Mutter oder Vater wählen, werden diese in den Registern aufgeführt. Mit der Klarstellung, dass ein Wechsel des Geschlechtes auch zu einem Wechsel der Bezeichnungen führen kann, werden nun transsexuellen und nicht binären Personen die eindeutige und unkomplizierte Möglichkeit gegeben die Geburtenregister ihrer Kinder anzupassen.

Wir stellen zudem klar, dass es sich bei männlich und weiblich nicht um ein Geschlecht im biologischen Sinne handelt, sondern, dass das Geschlecht entscheidend ist, welches die Eltern in ihrem Geburtsregister beim

Standesamt führen.

Die Möglichkeit von bis zu vier Elternteilen soll Nicht-Zweier-Beziehungen, Patchworkfamilien und anderen eine Möglichkeit jenseits der Adoption eröffnen, die keine beteiligte Person zwingt, die Elternschaft aufzugeben. Samenspender und Leihmütter könnten auf diese Weise auch eine Möglichkeit erhalten ihre Elternschaft beizubehalten, wenn die Beteiligten dies wollen. Die Begrenzung auf vier hat praktische Gründe und ist in sofern willkürlich. Dennoch sollte man bei der Anzahl der Elternteile Schranken ziehen, da gerade im Konfliktfall immer wieder schwierig zu lösende Situationen entstehen können. Schon heute ist die psychische Belastung für Kinder, deren Eltern sich scheiden lassen, sehr hoch. Kommen mehr Elternteile ins Spiel, kann sich diese Belastung exponentiell vervielfachen. Hier müssen für die betroffenen Kinder Schutzmechanismen entwickelt werden. Zudem entstehen durch die Elternschaft immer gegenseitige unterhalts- und erbrechtliche Folgen. Gerade wenn die Elternteile z.B. im Alter auf die Unterstützung der Kinder angewiesen sind, wird diese Begrenzung auch zwingend sinnvoll. Die Vier-Eltern-Option stellt für den überwiegenden Teil der heutigen Fälle, bei denen das Zwei-Eltern-Modell ein Problem ist, eine ausreichende Lösung dar. Sollte die künftige Praxis wirkungsvolle Lösungen für die Probleme zeigen, ist eine Änderung oder Aufhebung der Begrenzung denkbar.

Wir halten es auch für sinnvoll, dass mindestens eine Elternschaft immer Kraft Gesetz eintritt. Hier entstehen zwar für den Fall einer Leihmutterschaft Schwierigkeiten. Eine Anerkennung auch der “Mutterschaft“, wie sie zum Beispiel das italienische Recht vorsieht oder eine Bestimmung der ersten Elternschaft durch die gebärende Person, birgt jedoch immer die Gefahr, dass ein Kind gänzlich ohne Verwandte ins Leben startet. Als Beispiel sei hier genannt, dass ein verheirateter gebärender Vater während der Geburt verstirbt. Müsste er erst die Elternschaft anerkennen oder bestimmen, wer Elternteil ist, hätte das Kind weder Eltern noch sonstige Verwandte.

Das Bundesverfassungsgericht hat zudem ein Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung entwickelt. Wir wollen diesem Grundrecht Rechnung tragen, jedoch auch Möglichkeiten schaffen, dass diese Elternschaft zwar Ausgangspunkt bleibt, ohne länger zentrale und fortwährende Basis der Verwandtschaft zu sein.

# P Partei

## P Partei


| | | | |
|---|---|---|---|
| P-1 | Jusos Oberpfalz | Verpflegung auf Landeskonferenzen | 19 |

# P-1

| | |
|---|---|
| **Titel** | Verpflegung auf Landeskonferenzen |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Oberpfalz |
| **Adressat*innen** | Juso-Landeskonferenz |

## Verpflegung auf Landeskonferenzen

Auf den Landeskonferenzen der Jusos Bayern sollen künftig nur noch vegetarische und vegane Speisen angeboten werden.

# S Sozialpolitik

## S Sozialpolitik


| | | | |
|---|---|---|---|
| S-1 | Jusos Oberbayern | Sozialbehörden müssen wieder in gesetzliche Rente einzahlen! | 21 |

# S-1

| | |
|---|---|
| **Titel** | Sozialbehörden müssen wieder in gesetzliche Rente einzahlen! |
| **Antragsteller*innen** | Jusos Oberbayern |
| **Adressat*innen** | Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag |

## Sozialbehörden müssen wieder in gesetzliche Rente einzahlen!

Wir fordern, dass die Sozialbehörden (ARGE, Bezirke, Sozialreferate) gesetzlich verpflichtet werden, für ihre Leistungsbezieher*innen wieder in die gesetzliche Rente einzuzahlen, so wie es bis 31.12.2010 der Fall war.

# U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

## U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

| | | | |
|---|---|---|---|
| U-1 | Themenwerkstatt Wirtschaft und Soziales sowie Themenwerkstatt Umwelt über Landesvorstand | CO2-Besteuerung und Maßnahmen für mehr Klimagerechtigkeit | 23 |
| U-2 | Jusos Oberbayern | Umweltbelastung durch Stickoxide und CO2 bekämpfen! Reform des Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG) | 30 |